

22.11.2004 - 11:53 Uhr

(SGB) Bundesrat und Parlament wollen Arbeit rund um die Uhr

Bern (ots) -

Kaum ist die Referendumskampagne gegen die Einführung der Sonntagsarbeit angelaufen, fällt die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates den nächsten Entscheid zum Abbau des Arbeitnehmerschutzes in der Schweiz. Sie unterstützt die Motion des Ständerates für die Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten am Sonntag und die parlamentarische Initiative Wasserfallen für vier generelle Verkaufssonntage.

Die Salamiaktik von Bundesrat und Parlament ist skandalös, aber immerhin ehrlich. Sie bestätigt die Befürchtungen der Gewerkschaften und der Kirchen, dass es bei der durch ein Referendum bekämpften Änderung des Arbeitsgesetzes nicht um Sonntagsverkäufe in Bahnhöfen, sondern um die Einführung der generellen Sonntagsarbeit geht. Der Dominoeffekt ist offensichtlich: Zuerst müssen Arbeitnehmende in Versicherungen, Fachmärkten, im Autohandel oder Hausdienst auf Bahnhofsarealen am Sonntag arbeiten, dann rund um die Bahnhöfe und dann überall.

Das Referendum ist deshalb die einzige richtige Antwort auf die Demontage des Arbeitnehmerschutzes in der Schweiz. Bereits 1996 wurde eine einseitige Revision des Arbeitsgesetzes massiv abgelehnt. Mit der Salamiaktik zur Sonntagsarbeit, aber auch mit der Senkung des Jugendschutzalters, zeigen Bundesrat und Parlament unverfroren, dass sie ein kurzes Gedächtnis haben.

Auskunft

Regula Rytz, Tel. 079-353 86 38

Pietro Cavadini, Tel. 079-353 11 06

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100482700> abgerufen werden.